

Haushaltsrede 2023

Dr. Jendrik Suck

Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Dortmund

**„Nehmen wir in nicht einfachen Zeiten
Dortmunds Zukunft in die Hand!“**

Sitzung des Rates am 9. Februar 2023

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Liebe Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt,
meine Damen und Herren des Rates,
Herr Oberbürgermeister und alle Angehörigen der Stadtverwaltung,

allein der Zeitpunkt der heutigen Haushaltsverabschiedung im Februar für das laufende Jahr macht deutlich, dass wir in nicht einfachen Zeiten leben: Nach der endlich auslaufenden Corona-Pandemie sind wir mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, der Energiekrise, der hohen Inflation und den Folgen der Veränderungen des Klimas konfrontiert. Mit Blick auf die kommunale Ebene kann ich sagen, dass die CDU diesen Herausforderungen engagiert, kompetent, verantwortungsvoll und mit klarem Kompass begegnet und so ihren Teil dazu beiträgt, unsere Heimatstadt gegenwartsresistent und zukunftsfähig zu machen.

I.

Bevor ich hierzu näher ausführe, möchte zunächst meiner Chronistenpflicht als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften (AFBL) nachkommen und Ihnen einen kurzen Überblick über die dortigen Haushaltsberatungen geben, die hier gleich als AFBL-Empfehlung zur Abstimmung stehen.

Der AFBL hat in einer achtstündigen Sitzung konstruktiv und sachlich seine Beratungsergebnisse abgestimmt, wofür ich mich stellvertretend für den Ausschuss recht herzlich bei allen Beteiligten bedanke.

Im Namen des Ausschusses bedanke ich mich ganz herzlich bei Herrn Stadtdirektor Stüdemann und seinem Dezernatsteam für die Begleitung unserer Befassungen sowie beim Team der Kämmerei für die direkte Umsetzung unserer Beschlussfassungen in das Haushalts-Zahlenwerk.

Insgesamt haben wir 175 Einzelanträge behandelt, von denen heute viele Gegenstand der Haushaltsempfehlung für den Rat sind. Zum Abschluss seiner

Beratungen hat sich der AFBL mit sehr großer Mehrheit für eine Zustimmung zum Haushalt ausgesprochen.

Mit dieser Haushaltsempfehlung verbindet der Ausschuss fraktionsübergreifend die Erwartungshaltung, dass die dortigen Antragsideen zeitnah von der Verwaltung in die Realität umgesetzt werden.

Hier ist – mit Blick auf den Stand noch offener Haushaltsbeschlüsse aus den Vorjahren – unzweifelhaft Optimierungspotential vorhanden. Mit Blick auf uns als Ratsfraktionen will ich anmerken, dass quantitativ weniger Haushaltsanträge unter den Aspekten der Qualität, der Folgerichtigkeit von Beschlussfassungen – sowohl im Zeitablauf, als auch in thematischer Stringenz – und mit Blick auf den Umsetzungshorizont ein möglicherweise für die Zukunft geeigneteres Herangehen an die Haushaltsberatungen sein könnten?

II.

Meine Damen und Herren,

heute wird der Haushalt für das Jahr 2023 und damit der zweite Haushalt nach der Kommunalwahl im Jahr 2020 beschlossen. Der heutige Haushalt ist – wie schon der Haushalt für das Jahr 2022 – im Wesentlichen das Ergebnis der gemeinsamen Zusammenarbeit von CDU und Grünen im Rat. Die grün-schwarze Projektpartnerschaft findet sich mit ihren sämtlichen 67 gemeinsamen Anträgen in diesem Haushalt wieder, die alle mit breiten Mehrheiten im AFBL beschlossen worden sind. Dies zeigt einmal mehr: Die Projektpartnerschaft lebt, ist gewachsen, von einem gegenseitigen Vertrauen geprägt und sie stellt auch in der Mitte der Wahlperiode ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis. Diese Handlungsfähigkeit ist umfassend, denn die erfolgreichen Haushaltsanträge von CDU und Grünen bilden alle Bereiche des kommunalpolitischen Handelns ab.

So entwickelt die Botschaft der tragenden grün-schwarzen Zusammenarbeit ihre Wirkung ebenso in die Stadt hinein wie in die Stadtverwaltung.

III.

Einzelne Aspekte/Anträge von CDU und Grünen möchte ich namentlich erwähnen:

- Wir investieren in die Zukunft dieser Stadt: Mit einem mehrjährigen Investitionszuschuss für die städtischen Kliniken als Haus der Maximalversorgung mit möglichst guter Ausstattung, für den weiteren Ausbau des ÖPNV und für den Baubeschluss einer Jungen Bühne als Abschluss des Bühnenviertels am Wall.
- Wir wollen die städtische Infrastruktur erhalten und dies auch sichtbar machen. Neben ausreichenden Investitionen in den Bestand geht es darum, das Tiefbauamt endlich so aufzustellen, dass sich zeitnah das optische Bild der Wegeinfrastruktur für Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer nachhaltig verbessert.
- Mit der erneuten Mittelbereitstellung für ein Schwammstadt-Programm und diverser kommunaler Förderprogramme für Photovoltaik, Dachbegrünung und energetischer Sanierung sorgen wir dafür, den Herausforderungen des Klimawandels effektiv zu begegnen.
- Mit einem Förderprogramm für den Ausbau von Dachgeschossen schaffen wir die Möglichkeit für neuen Wohnraum.
- Mit einer Ausweitung der FABIDO-Öffnungszeiten, dem Besuch außerschulischer Lernorte sowie mehr mobilen Jugendangeboten schaffen wir attraktive Angebote für die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt.
- Die sozialen Herausforderungen in unserer Stadt vergessen wir nicht, wie beispielsweise die Ausweitung der Öffnungszeiten des Drogenkonsumraums auf zukünftig 72 Wochenstunden zeigt, die sich überdies auch positiv auf die Innenstadt auswirken wird.

- Mit der Fortführung des Präsenzdienstes im Stadtgarten und einer Aufstockung des kommunalen Ordnungsdienstes sorgen wir für Sicherheit im öffentlichen Raum – nicht nur in der City, sondern auch in den Stadtbezirken.
- Im Ergebnis schaffen wir auch in diesem Jahr erneut einen Haushalt, der gegenüber der Bezirksregierung lediglich anzeigepflichtig ist. Die Stadt kann damit selbstbestimmt über ihr Handeln entscheiden. Dies ist für uns die essentielle Grundlage unserer Politik!
- Aus Sicht der CDU bleibt allein ein Wermutstropfen: Wir bedauern es sehr, dass unser Antrag für Steuerentlastungen bei der Grund- und Gewerbesteuer keine Mehrheit gefunden hat. Ein Signal der Entlastung für alle Dortmunderinnen und Dortmunder wäre in dieser Zeit richtig und wichtig gewesen!

IV.

Verehrte Zuhörer,

gestatten Sie mir einen Blick auf die städtische Verwaltung: Für uns als CDU ist die erste Priorität, dass die Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge von der Verwaltung gut erfüllt werden können und erfüllt werden. Mit Blick auf die Umsetzung von politischen Beschlüssen des Rates und seiner Ausschüsse sehen wir, dass es nicht an politischen Beschlüssen mangelt, sondern an der Umsetzung selbiger.

Als Reaktion auf diesen Zustand erwarten wir – mit Blick auf endliche personelle und sächliche Ressourcen – von der Verwaltung eine Transparenz über ihre Leistungsfähigkeit und Vorschläge für die Bildung von Erledigungsprioritäten. Im Rahmen des Primats der Politik wird dann die Politik die Reihenfolge der Erledigungen bestimmen.

Die CDU ist bereit und hat den Willen für diese Herangehensweise, delegitimieren sich doch sonst am Ende Oberbürgermeister und Verwaltung selbst,

wenn es ihnen nicht gelingt, Beschlusslagen und Vorhaben des Rates und seiner Ausschüsse zeitnah in konkretes Handeln und Realisierungen umzusetzen.

Noch mal im Detail ein Beispiel zum Umgang von Teilen der Verwaltung mit Ratsbeschlüssen, wozu ich auszugsweise zitieren darf: *„Ich fliege im Februar nach Finnland. Das ist eines der wenigen EU-Länder, in denen die Zahl der Obdachlosen sinkt. Dort gibt es ein vielversprechendes Konzept Namens Housing-First, bei dem die Wohnungssuche für Obdachlose an erster Stelle steht, [...]“*¹ Dieses Zitat stammt von Klara Geywitz, der Bundesbauministerin der SPD.

Es ist geeignet, auf ein Thema hinzuweisen, dass Teile der Verwaltung, Herr Oberbürgermeister, Frau Sozialdezernentin, mit politisch anderen Mehrheiten zustande gekommene, nicht beliebende Ratsbeschlüsse nicht umsetzen wollen.

So hat der Rat im ersten Halbjahr 2021 – und damit vor knapp 2 Jahren – mehrheitlich beschlossen, das Konzept „Housing First“ in Dortmund umzusetzen. Bis zum heutigen Tage, Herr Oberbürgermeister, Frau Sozialdezernentin, ist an dieser Stelle nichts passiert. Und es ist allein deshalb nichts passiert, weil sie es politisch nicht wollen. Ihre persönliche Sichtweise ist an dieser Stelle aber irrelevant; relevant ist allein die Beschlusslage des Rates der Stadt.

Sollte sich diese Blockade- und Verweigerungshaltung ihrerseits nicht unverzüglich auflösen, wird es nötig sein, darüber nachzudenken, ob nicht die Kommunalaufsicht in Gestalt des Regierungspräsidenten der Umsetzung von Ratsbeschlüssen Geltung verschaffen muss.

Daher nochmals der deutliche Appell: Herr Oberbürgermeister, setzen sie die Beschlusslagen des Rates zeitnah um!

¹ DER SPIEGEL Nr. 5 / 28.01.2023, Seite 30.

V.

Zur näheren Betrachtung des Oberbürgermeisters als weiteren Akteur neben Rat und Verwaltung:

Herr Oberbürgermeister, sie haben im Rahmen ihres Neujahrsgespräches davon gesprochen, eine Idee für das Dortmund der nächsten Jahre zu entwickeln. Wir freuen uns schon heute darauf, von ihnen diese Idee für die Zukunft unserer Stadt zu hören. Denn bislang sind eigene Projekte und Zukunftsthemen von ihnen jenseits einer „nachbarschaftlichen Apostrophierung“ nicht erkennbar.

Es werden zwar viele Konferenzen zu allen möglichen Themen abgehalten und weiterhin viel (selbst-)inszeniert, aber am Ende des Tages werden keine Entscheidungen getroffen, die diese Stadt strukturell für die Herausforderungen der zweiten Hälfte der zwanziger und die dreißiger Jahre vorbereiten.

Der beste Beleg dafür ist ihre Rede zur Einbringung dieses Haushalts aus dem November letzten Jahres. Wie schon beim Haushalt für das Jahr 2022 haben Sie in ihrer jetzigen Haushaltsrede mit dem bezeichnenden Titel „Dortmund steht“ kein Zukunftsbild für diese Stadt entwickelt. Sie haben zum Thema Wohnungsbau keine Ausführungen hinterlassen. Sie haben die Themenblöcke Wirtschaft und Arbeit nicht erwähnt.

In einer Stadt mit einer Arbeitslosenquote von 10,9% und kaum noch vorhandenen Flächen für wirtschaftliche Entwicklungen, ist das sehr bemerkens- und bedauernswert. Nachbarschaft und Zusammenhalt allein sind zu wenig und können daher auch nicht der Anspruch von Dortmund als achtgrößter Stadt Deutschlands, als drittgrößter Stadt in Nordrhein-Westfalen und der größten Stadt in der Ruhr-Region sein. Ergo: Weniger „Dortmund steht“ und mehr „Dortmund geht voran“!

Die funktionierende Projektpartnerschaft von CDU und Grünen hat die nötigen Zukunftsthemen definiert und mit politischen Mehrheiten ausgestattet. Sie ist bereit, dies auch in Zukunft zu tun. Unsere Hand ist auch in ihre Richtung

ausgestreckt, ausgestreckt zur Vornahme der richtigen Weichenstellungen zum Wohle unserer Stadt!

VI.

Meine Damen und Herren,

zum Ende meiner Rede darf ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Arbeit, ihr Engagement und ihr Bekenntnis für das Wohl unserer Stadt in diesen nicht einfachen Zeiten ganz herzlich bedanken. Es war für sie alle im Lichte der großen Herausforderungen keine einfache Zeit. Die CDU ist an ihrer Seite und wird es auch in Zukunft sein.

Seien Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, versichert, dass die CDU im Rat der Stadt heute und auch in Zukunft zum Wohle der Stadt und ihrer Menschen handelt; geleitet von dem Bewusstsein und Zielbild, die Zukunft unser aller Heimatstadt möglichst gut und erfolgreich zu gestalten.

Es ist vor dem Hintergrund dieses Selbstverständnisses und der CDU-Handschrift im Haushalt 2023 daher klar, dass die CDU dem Haushaltentwurf der Stadt Dortmund für das Jahr 2023 zustimmen wird.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.